

**DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES EINNAHMENHAUSHALTSPLANS  
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2008 -  
DOKUMENT 5-081 (2007-2008) NR. 2**

**DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES ALLGEMEINEN  
AUSGABENHAUSHALTSPLANES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR  
DAS HAUSHALTSJAHR 2008 - DOKUMENT 5-181 (2007-2008) NR. 2**

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die erste Anpassung des Unterrichtshaushaltes enthält in den laufenden Ausgaben wirklich nichts Spektakuläres. Diese Anpassung steht in der Kontinuität zum Ursprungshaushalt und damit auch zum Doppelhaushalt 2008-2009. Das wiederum bedeutet, dass wir an unserer Strategie festhalten, den Unterrichtshaushalt trotz sinkender Schülerzahlen massiv zu erhöhen. Nicht nur, aber auch, um zusätzliche Lehrpersonen im Verhältnis zur Schülerzahl einzustellen. Nicht nur, aber auch, um die Beschäftigten im Unterrichtswesen aufzuwerten, weil wir es uns nicht erlauben können, dass der Unterricht wegen Lehrermangel ausfällt.

Bildung genießt also bei uns eine besondere Priorität, weil wir der festen Überzeugung sind, dass es die Ausbildung ist, die maßgeblich über die Lebensperspektiven und -chancen der Menschen entscheidet. Deshalb, Kollege Franzen, ist Bildungspolitik immer auch Beschäftigungspolitik und deshalb ist es immer auch gerechtfertigt, die Mittel der Wallonischen Region in diesen Bereich zu investieren. Wir arbeiten weiter an unserem Gesamtkonzept zur Steigerung der Unterrichtsqualität und für noch mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Gemeinschaft. Daran ändert sich durch diese Anpassung nichts. Interessant an dieser Anpassung sind vielleicht zwei Veränderungen. Einmal die Tatsache, dass wir einen zweiten Indexsprung erleben, und zum anderen das bereits angedeutete Abkommen mit dem

- 524 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Landesamt für Soziale Sicherheit (LSS). Kollege Franzen hat eben versucht den Eindruck zu vermitteln, als sei da in der Vergangenheit irgendetwas nicht ordnungsgemäß abgelaufen. Kollege Franzen, ich muss Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass wir immer alle Rechnungen des LSS, auch diejenigen für die sozialen Lasten auf die Lehrergehälter, bezahlt haben. Dass wir jetzt überhaupt ein Abkommen mit dem LSS abschließen, sind wir im Grunde genommen selber schuld. Der ETNIC, ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung der Französischen Gemeinschaft, hat seiner Zeit bestimmte Daten computertechnisch nicht mehr an das LSS weitergeleitet mit der Folge, dass bestimmte Rechnungen weder bei uns noch bei der Französischen Gemeinschaft angekommen sind. Wenn wir selbst das nicht gemerkt hätten, wenn wir selbst nicht auf das LSS zugegangen wären, um ihnen zu sagen, dass wir bestimmte Rechnungen gar nicht mehr erhalten, dann wäre das wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal bekannt. Dieses Verhalten, das können Sie bei den Verantwortlichen des LSS durchaus nachfragen, beweist, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ohnehin ein guter Zahler ist - das wird niemand bestreiten – und darüber hinaus auch noch sehr redlich, sehr ehrlich und sehr transparent mit diesen Dingen umgeht.

Deshalb ist es dann auch zu diesem äußerst ordnungsgemäßen Abkommen mit dem LSS gekommen. Interessant ist dabei höchstens, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mittlerweile in der Lage ist, kurzfristig auf solche Mehrausgaben zu reagieren. Das ist ein gutes Zeichen für die finanzielle Situation unserer Gemeinschaft und es ist auch, Kollege Franzen, ein Kompliment für den Finanzminister, denn damals, 1999, hätten wir mit solchen Mehrausgaben

nicht umzugehen gewusst. Kolleginnen und Kollegen, die Kollegen Schröder und Servaty haben vollkommen recht, wir werden unsere Ankündigung wahr machen, die Infrastruktur aller Schulen aller Schulnetze in Ordnung zu bringen und einem modernen pädagogischen Standard anzupassen. Das ist schon spektakulär, insbesondere wenn man bedenkt, dass wir über diese Investitionen auch die größte Investition in den Klimaschutz tätigen, die jemals auf unserem Gebiet getätigt wurde. Das ist eine riesige Anstrengung. Allein das PPP-Vorhaben, von dem ja acht Schulen betroffen sind, wird in etwa 100 Millionen EUR kosten. Hinzu kommen die über den Infrastrukturplan abgewickelten Investitionen ins César-Franck-Athenäum in Kelmis und ins Königliche Athenäum in St. Vith. Frau Reip hat zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die alternativen Finanzierungen an der Pater-Damian-Schule oder am Technischen Institut in St. Vith hinzukommen.

Das ist insgesamt eine große Anstrengung für die Deutschsprachige Gemeinschaft, und man kann ganz offen zugeben, dass diese Investitionen kommende Generationen belasten werden - wie jede andere Investition übrigens auch. Und es ist in diesem Fall sogar besonders gerechtfertigt, weil es sich ja um Investitionen in kommende Generationen, die Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinschaft handelt. Entscheidend ist nur, dass diese Investitionen kommende Generationen nicht unzumutbar belasten, dass also für kommende Regierungen genügend Handlungsspielräume übrig bleiben, um neue Investitionen verwirklichen und neue Projekte auf den Weg bringen zu können. Das ist ganz eindeutig auch der Fall, wie Frau Reip eben richtig erwähnt hat. Solange wir uns im Rahmen der objektiv verkraftbaren Höchstgrenze von 15 bis 17,5% der jährlichen Ausgaben bewegen, werden wir auch in der Lage sein, genügend Handlungsspielräume für kommende Generationen und kommende Regierungen übrig zu lassen. Ich bin insgesamt der Überzeugung, dass das die besten, nachhaltigsten Investitionen sind, die wir überhaupt in die Zukunft unseres Standortes tätigen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!  
*(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)*